



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831 - 33  
Fernschreiber 0 886 890

P/XIV/245 - 28. Oktober 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| <u>Seite:</u> |                                                                                                    | <u>Zeilen:</u> |
|---------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------|
| 1             | Murphy<br>Eine Absage und ihre Hintergründe                                                        | 32             |
| 2             | Nebel um den Gipfel<br>Gegensätze im westlichen Lager                                              | 55             |
| 3 - 4         | Wahlen sind nicht ansteckend<br>Der Schweizer Wähler bestätigt bisherige Politik                   | 68             |
| 5 - 6         | De Gaulle und Franco<br>Die Hoffnung der spanischen Kommunisten                                    | 46             |
| 6             | Wachsende Abneigung der Schweden gegen Atomwaffen<br>Bezeichnende Ergebnisse einer Meinungsumfrage | 25             |
| 7 - 8         | Kein sozialer Abbau ?<br>Blank und der Mut zur Ehrlichkeit<br>Von Konrad Schayer                   | 74             |

\* \* \* \* \*  
\* \* \*

Murphy

sp - Die Nachricht, Unterstaatssekretär Murphy habe darauf verzichtet, den Bonner Botschafterposten zu übernehmen, hat im Auswärtigen Amt der provisorischen Bundeshauptstadt wie eine Bombe eingeschlagen. Murphys Ernennung galt bis zu Beginn dieser Woche als absolut sicher. Im Bonner Auswärtigen Amt hatte man sogar in den vergangenen vierzehn Tagen frohlockend darauf hingewiesen, daß "des Katholiken Murphy" bald zu erwartende Ankunft ein Zeichen für die unveränderte Deutschland- und Europa-Politik der Vereinigten Staaten sei. Jetzt wird als Nachfolger für den scheidenden US-Botschafter Bruce der amerikanische Botschafter in Wien, Matthews, genannt.

Die Bonner Enttäuschung ist verständlich, wenn man bedenkt, daß Murphy seine diplomatische Karriere vom Botschafter zum Unterstaatssekretär in der Ära Dulles gemacht hat. In den Vereinigten Staaten gilt Murphy als ein hartnäckiger Befürworter der beschleunigten Aufrüstung Westdeutschlands, als "politischer Testamentsvollstrecker" gewisser Theorien des verstorbenen amerikanischen Außenministers, die gelegentlich in der Formulierung "Politik am Rande des Krieges" ihren Ausdruck fanden.

Gute Kenner der Vorgänge im amerikanischen Außenministerium behaupten, der Einfluß des früheren US-Botschafters in Moskau, Charles Bohlen, der unter Dulles abberufen und als Botschafter nach den Philippinen gesandt wurde, jetzt aber unter Harter Erster Berater des Außenministers für Ostfragen wird, mache sich bereits in dem Verzicht Murphys auf die Annahme des Botschafterpostens in Bonn bemerkbar.

Besondere Bedeutung erhält daher auch die Nachricht, daß der jetzige US-Botschafter in Wien, Matthews, für den Bonner Posten genannt wird. Matthews hat in den letzten Jahren in Schweden und Österreich - also in neutralen Staaten! - Gelegenheit gehabt, eine ausgleichende Politik zwischen Ost und West zu beobachten. Seine mögliche Berufung nach Bonn wird deshalb von denjenigen Diplomaten im Auswärtigen Amt, die Adenauers Verzögerungstaktik beim Zustandekommen einer Gipfelkonferenz befürworten, als ein für sie böses Vorzeichen gewertet.

Nebel um den Gipfel

sp - Die Gegensätze im westlichen Lager um den Termin der Gipfelkonferenz lassen sich nicht mehr verheimlichen. Es ist gerade kein erhebendes Schauspiel, das mit diesem Ringen abrollt. Der Bundeskanzler hat sich offensichtlich auf die Seite de Gaulles geschlagen. Der französische Staatspräsident ist kein Freund eines Treffens der grossen Vier noch in diesem Herbst, er will es auf das nächste Frühjahr verlegen. Nach den Gründen seines Zögerns braucht man nicht lange zu suchen. Sie liegen in den Bemühungen der französischen Regierung, in der Alger-Frage noch irgend wie voranzukommen und in dem Drang de Gaulles, seine Grossmachtstellung durch den Eintritt in den Atomklub nach aussen hin sichtbar zu verstärken, ein Drang, der den Völkern Afrikas noch innerhalb der nächsten Monate die erste französische Atombombenexplosion in der Sahara bescheren dürfte. Natürlich sagt die französische Regierung dies nicht offen. Sie gebraucht Ausflüchte, wie etwa die, man müsse eine Gipfelkonferenz methodisch und gründlich vorbereiten und ausserdem abwarten, ob sich in der Zwischenzeit die von der Sowjetunion gewünschte Entspannung nicht vorher in der UNO, in Südostasien, im Nahen Osten und in Afrika auswirke.

Diese dunklen Andeutungen lassen verschiedenes vermuten. Erwartet de Gaulle etwa eine sowjetrussische Unterstützung für seine Algerien-Politik und macht dies zur Voraussetzung eines Gipfeltreffens? Niemand kann etwas dagegen haben, wenn ein solches Treffen vorher einer gründlichen Vorbereitung unterliegt, aber hier ist doch zu fragen, haben denn die bisherigen Begegnungen der Staatsmänner zwischen West und Ost wirklich nichts dazu beigetragen, sie mit den schwierigen Fragen vertraut zu machen, die auch auf einer Gipfelkonferenz anstehen werden? Auf den Gebieten der Abrüstung sowie in der Berlin- und Deutschlandfrage sind ja die Vertreter von West und Ost nicht gerade Weulinge ...

Auch Bundeskanzler Adenauer tritt in der eingespielten Rolle eines Bremsers auf. Ginge es nach seinem Willen, müsste der Termin für die Begegnung auf dem Gipfel noch weiter verschoben werden und die Gipfelleute dürften sich nur mit einem Thema befassen, mit dem der allgemeinen und kontrollierten Abrüstung. Das ist gewiss ein sehr wichtiges Thema, aber es macht doch nicht den ganzen Komplex der west-östlichen Spannungen aus. Noch immer schwebt über Berlin die wenn auch nach den Camp-David-Gesprächen stark abgeschwächte sowjetische Drohung, und welche gefährlichen Möglichkeiten und Fallstricke sich hier auftun, beweist das provozierende Vorgehen Pankows in der Angelegenheit der Spalter-Flagge, und die Sorgen, die man sich in London und Washington darüber macht. Eisenhower ist in Camp David in seinen Gesprächen mit Chruschtschow die Verpflichtung eingegangen, die Berlin-Verhandlungen fortzusetzen, wenn auch dafür keine Zeitgrenze vereinbart wurde. Kennt Adenauer nichts von diesen Verpflichtungen? Will er die Zusage des amerikanischen Präsidenten sabotieren? Es wird ihm nichts nützen. Das Fehlen jeder Bonner Initiative und das Festhalten Bonn an Positionen und an einer Politik, deren Grundlagen im Schwinden sind, ruft Kopfschütteln in London und Washington hervor und wirft schwere Schatten auf die bisher nach aussen hin so ungetrübten Beziehungen zwischen Bonn und Washington.

Vor entscheidenden internationalen Verhandlungen steht die westliche Einheit auf dem Spiel, zumindest ist sie in Frage gestellt. Das ist keine gute Ausgangsposition. Die Fronde Paris-Bonn gegen Washington-London muss den Westen auf die Dauer schwächen und die in angelsächsischen Ländern bestehende Tendenz verstärken, über Bonn und Paris hinweg ein weltpolitisches Arrangement mit der Sowjetunion zu suchen.

Wahlen sind nicht ansteckend

KvK. Die schweizerischen Nationalratswahlen vom 24. und 25. Oktober sind vorübergegangen, ohne dass das tägliche Leben besondere Notiz davon nahm. Der Schweizer wählt sein Parlament alle vier Jahre ohne jeden äusseren Aufwand. Er ist ein nüchterner, dem Realen zugewandter Mensch, der sich wenig von Propaganda und Wahlversammlungen beeindruckend lässt. So nuteten die letzten 14 Tage nicht wie ein Kampf an, sondern eher wie ein Streitgespräch auf höherer Ebene in der Öffentlichkeit, wobei die Diskutierenden von vornherein wussten, dass nach den Wahlen die Zusammenarbeit innerhalb und ausserhalb des Parlaments Grundsubstanz der schweizerischen Demokratie bedeutet.

Ausserdem standen diesmal die beiden Wahltage unter einer ausgesprochenen Wahlmüdigkeit, die sich in einer Beteiligung zwischen 35 und 70 Prozent ausdrückte. Aus diesem Grund kann auch das Mehr oder Weniger einzelner Parteien als ein Zufallsergebnis angesprochen werden. Trotzdem beweist das Gesamt-Resultat die Bestätigung der bisherigen Politik, die Absage an gewisse Experiment-Versuche, sowie den ziemlich fundierten, festen Bestand der einzelnen Parteien.

Das Liebäugeln der Katholisch-Konservativen Partei, die sich kürzlich den Beinamen "christlich-sozial" zulegte, mit dem grossen deutschen, österreichischen und italienischen Bruder und das Angel-Auswerfen nach den evangelischen Wählern, um sich dadurch zu einer Art CDU-Schweiz zu entwickeln, hatte keinen Erfolg. Bei 196 Abgeordneten des Nationalrates erreichten die Konservativen lediglich ihren alten Stand von 46 Sitzen, während die Evangelischen ihrer eigenen Gruppe einen weiteren Sitz zusprachen und die Radikalen (Freisinnigen), deren Hauptwähler-Kontingent sich aus Protestanten zusammensetzt, ein weiteres Mandat zu ihren bisherigen 50 hinzugewannen.

Die Sozialdemokraten, die rechnermässig zwei Sitze einbüssten und somit auf der gleichen Rangstufe der grössten Partei mit den Freisinnigen figurieren, haben ebenso ihren Wählerstamm im Ganzen erhalten und in einzelnen Kantonen Gewinne erzielt. Die Bürger-Gewerbe- und

Bauernpartei dürfte den Gewinn von einem Mandat zu ihren bisherigen 22 den Sozialdemokraten abgenommen haben, die für das Frauenwahlrecht eintraten und damit den Widerspruch einzelner ländlicher Kantone erregten. Die Kommunisten, die durch ihren Flirt mit den Frauen und der Aufstellung einer Kandidatin eine Chance witterten, verloren von ihren vier Mandaten eines, obschon sie im Kanton Genf weit an der Spitze laufen. Der Landesring der Unabhängigen von Herrn Duttweiler hat seine Migros-Stammkundschaft im Nationalrat erhalten und zieht wiederum mit ihrem Boss Duttweiler und neun weiteren Mann in das Bundeshaus ein.

Die von ausländischen Zeitungen aufgeworfene Frage, ob Wahlen ansteckend sind, ob die englischen Wahlen vor 14 Tagen einen ferngesteuerten Einfluss ausüben könnten, war für die Schweiz mehr ein Puzzlespiel als eine Realität. Dem Schweizer Stimmbürger ging es lediglich um zwei gravierende Dinge: Wird es den Konservativen gelingen, eine Verkonzentrierung der Politik zu erreichen, von den Vorzeichen des Katholizismus loszukommen und einen Einbruch in das evangelische Lager vollziehen? Es galt die Frage zu beantworten, ob in den nächsten vier Jahren eine zentralistisch-konfessionelle oder eine liberal-föderalistische Politik im Bundeshaus geführt werden soll und ob die freiheitliche Atmosphäre aufrechterhalten werden kann, die bisher die Schweiz auszeichnet. Ausserdem interessierte den Wähler die Erhaltung des immer höher werdenden Lebensstandards, der nicht geschmälert werden sollte durch Streit um verschiedenartige Ideologien.

Interessant sind die Wähler des vergangenen Sonntag besonders durch das, was sie nicht brachten: Weder den Konservativen gelang es, ihren schon bei den letzten Wahlen vor vier Jahren unterbrochenen Siegeszug wieder aufzunehmen und den anderen bürgerlichen Parteien Wähler abspenstig zu machen, noch nennenswerte Änderungen im augenblicklichen Kräfteverhältnis wirksam werden zu lassen, die Anreiz zu Experimenten hätten geben können. Auch hatte das in einigen Kantonen inzwischen wirksam gewordene Frauenstimmrecht keinen irgendwie gearteten Einfluss auf das Gesamtergebnis, und die Kommunisten konnten trotz verstärkter Propaganda und dem "Frauen-Slogan" aus ihrer Stagnation nicht heraus. Endlicherweist sich die Prognose der Ansteckungsmöglichkeit von Wahlen als eine Fehldiagnose, weil der Schweizer, wie schon so oft, für Einflüsse von aussen immun ist.

De Gaulle und Franco

ED. Die Sorgen der in Spanien stationierten amerikanischen Offiziere sowie der in Madrid akkreditierten westlichen Diplomaten sind trotz der für die diesjährige Ministerratssitzung der NATO geplanten offiziellen Aufnahme der Franco-Republik in dieses westliche Verteidigungsbündnis nicht geringer geworden. Zwar stehen die meisten der im Auftrage der USA errichteten Flugplätze schon da, und oft munkelt man vom Bau grosser Raketenabschussbasen im Lande, eine Möglichkeit, der im Falle einer italienischen Absage grössere Bedeutung zukäme.

Worüber man sich sorgt und die Köpfe zergrübelt, das sind die spanischen Kommunisten. Nicht als ob man heute schon einen Putsch oder eine Rebellion des kommunistischen Untergrundes fürchtet; vielmehr ist es der ständig wachsende Einfluss kommunistischer Vorstellungen innerhalb der spanischen Bevölkerung. Während noch vor etwa fünf bis sechs Jahren die Kommunisten über sehr wenig Anhänger im Lande verfügten - zuviele entsannen sich noch der fragwürdigen Rolle der spanischen KP im Bürgerkrieg - hat sich dies jetzt grundlegend geändert.

Dies liegt nicht daran, dass etwa die KP mehr Mittel als bisher eingesetzt habe oder dass die Sowjetunion mehr als bislang den Kommunisten unter die Arme griffe; vielmehr dürfte nach Ansicht alter Spanienkenner das wachsende Desinteresse der westlichen Länder am Schicksal des spanischen Volkes sowie das Gefühl, dass Amerika, England und vor allem Frankreich die antifaschistischen Kämpfer und Opfer "abgeschrieben" habe, eine entscheidende Rolle in dieser Wandlung spielen.

Besonders ist hier die Rolle Frankreichs von Bedeutung. Nicht ohne Grund bezeichnen viele Spanienflüchtlinge das Aufkommen der gaullistischen Herrschaft in Frankreich als die Stunde, da Spanien zum zweiten Mal den Bürgerkrieg verloren habe. Man weiss, wie sehr das offizielle Frankreich der Fünften Republik den spanischen Flüchtlingen auf französischem Boden das Leben sauer macht. Viele Verbindungen, die jahrelang zwischen Südfrankreich und Spanien bestanden, und die für viele jenseits der Pyrenäen das einzige Mittel waren, etwas über die freie Welt ungeschminkt zu erfahren, sind auf Grund der neuer Massnahmen de Gaulles zerrissen.

Noch entscheidender aber dürfte das grosse Rearrangement sein, das sich zwischen de Gaulle und Franco vollzieht. Die Aussenminister beider Länder werden sich in Kürze treffen und somit endgültig die

"Francophobia" beseitigen, die seit den Tagen Leon Blums und Auriols existierte. Kein Wunder, wenn grosse Teile des spanischen Volkes am Westen zu verzweifeln beginnen, und wenn die grosse Front der Immunisierung gegenüber dem Kommunismus gerade in dem Augenblick zerbricht, wo die westliche Welt sich anschickt, den Caudillo in die grosse Front der Verteidigung Europas heinzuziehen, an deren heutiger Misere Franco ebenso schuldig ist wie diejenigen, die ihm halfen - einst vor dreissig und mehr Jahren. Vielleicht ist Spanien schon verloren, in einem viel weiteren und einem viel gefährlicheren Sinne, als der Westen es sich je hat träumen lassen.

+ + +

#### Wachsende Abneigung der Schweden gegen Atomwaffen

R.H. Die Einführung von Atomwaffen ist seit langem eine der meistdiskutierten Streitfragen in Schweden. Die Meinungen sind innerhalb der Parteien geteilt. Die Sozialdemokraten, welche die Regierungsverantwortung tragen, dürften kaum vor dem nächsten Parteitag eine Entscheidung fällen. In bürgerlichen Oppositionskreisen, insbesondere bei den Konservativen, scheint die Auffassung vorzuherrschen, dass Schweden eigene Atomwaffen anschaffen soll. Der Kampf geht zunächst um die Bewilligung von Mitteln für die Atomwaffenforschung. Gegenwärtig beschränkt sich die Militärische Forschungsanstalt nämlich auf die Entwicklung von Schutzmassnahmen gegen Atomwaffen.

Was die Bevölkerung denkt, kommt am deutlichsten in den Meinungsbefragungen der SIFO (Schwedisches Institut für Meinungserforschung) zum Ausdruck. Auf die Frage, ob Schwedens Landesverteidigung mit Atomwaffen ausgerüstet werden soll, antworteten im Juni 1957 36 Prozent mit Nein, 40 Prozent mit Ja, 24 Prozent waren unsicher. Bei der kürzlichen Umfrage antworteten 51 Prozent mit Nein, 29 Prozent mit Ja und 20 Prozent waren unsicher.

Eine Untersuchung, wie sich die Stimmen auf die verschiedenen Sozialklassen verteilen, ergab, dass in den Kreisen der "besser Situierten" die Neinstimmen 32 Prozent, die Jastimmen 48 Prozent ausmachten; in den "Arbeiterkreisen" waren 60 Prozent Neinstimmen und 22 Prozent Jastimmen.

Nach diesen Befragungsergebnissen dürfte hinsichtlich der wachsenden Skepsis der Bevölkerung über die Zweckmässigkeit von Atomwaffen kaum ein Zweifel bestehen.

+ + +

## Kein sozialer Abbau ?

Von Konrad Schayer

Bundesarbeitsminister Blank ist schnell bei der Hand, seinen politischen Gegnern den "Mut zur Ehrlichkeit" abzusprechen. Wie hält er es aber selbst damit?

"Er denke nicht daran, irgend welche sozialen Rechte abzubauen", erklärte Theodor Blank laut dpa-Meldung vor Arbeitnehmervertretern der CDJ in Münster am letzten Samstag. Die Behauptung, ein Abbau der Sozialleistungen sei gar nicht beabsichtigt, gewinnt aber nicht dadurch an Überzeugungskraft, daß sie häufig wiederholt wird. Mit den von ihm vorgelegten Gesetzesvorschlägen widerlegt sich Blank selbst. Nach dem Motto "ein Schritt vor - zwei Schritte zurück" nimmt Blank nicht länger aufschiebbare Korrekturen der Sozialgesetzgebung zum Anlaß, um neben einigen Verbesserungen einschneidende Leistungsver-schlechterungen, also einen Leistungsabbau, vorzunehmen. Hier sind die Tatsachen:

### Neuregelung der Krankenversicherung (Vorlage des Bundesarbeitsministeriums)

Einführung von Inanspruchnahmegebühren für die ärztliche Behandlung, d.h. zusätzliche Belastung der behandlungsbedürftigen Versicherten und ihrer Familienangehörigen mit mehr als einer halben Milliarde DM jährlich

Zuzahlungen zu Arzneien, Heil- und Hilfsmitteln und zu den Krankenhauspflegekosten

Kürzung des bisher laut Mutterschutzgesetz zu zahlenden Wochengeldes um die Hälfte

Einführung verschärfter kontrollärztlicher Untersuchungen bei ambulanter Behandlung und Krankenhauseinweisung

### Neuregelung der Unfallversicherung

Ersatzloser Wegfall der Unfallrente bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von weniger als 25 v.H.

Zwangsabfindung von Unfallrenten auf Grund einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von weniger als 50 v.H. mit dem unzureichenden Betrag des Fünffachen einer Jahresrente

### Altershilfe für Landwirte

Entschädigungslose Entziehung des Altersgeldes bei Anspruchsberechtigung auf eine Sozialrente



Einführung einer doppelten Beitragspflicht für die Altersversorgung von Kleinlandwirten, die zugleich als Arbeitnehmer beschäftigt sind, zwecks Schonung der Bundeskasse

#### Sozialer Besitzstand an der Saar

Abschaffung der günstigeren Kindergeldregelung an der Saar unter Mißachtung gegebener Versprechen

Schlechterstellung der Kriegsoffer an der Saar gegenüber den übrigen Sozialrentnern bei der wirtschaftlichen Eingliederung, so daß Kriegsoffer Kaufkraftverluste hinnehmen müssen

#### Kriegsofferversorgung (Regierungsvorlage)

Rentenerhöhungen nach Bedürftigkeitsgrundsätzen nur für die Ärmsten der Kriegsoffer

Einfrieren der Grundrenten für kriegsbeschädigte Witwen und Waisen auf dem Stande des Jahres 1957 trotz erheblicher Vergrößerung des Sozialproduktes

Ist all' dies kein sozialer Abbau, Herr Minister?

Als Vorwand für den Abbau der Sozialleistungen muß Blanks These von der "mündig gewordenen" Arbeitnehmerschaft herhalten, - während Blank die Beamtenschaft offenbar weiterhin als unmündig ansieht. Das bekannteste Beispiel hierfür ist die vom Sozialkabinett unter Blanks Regie beschlossene umfassende Selbstbeteiligung in der Krankenversicherung. Alle gesundheitspolitischen Bedenken werden mit der These von der Mündigkeit vom Tisch gefegt. Was Blank allerdings nicht davon abhält, die Selbstbeteiligung als probates Mittel anzupreisen, um die angeblich weitverbreitete mißbräuchliche Ausnutzung der Kassen durch Versicherte und Ärzte zu verhindern.

"Wir brauchen die arbeitende Bevölkerung nicht mehr so zu bevorzugen wie zu Bismarcks Zeiten. Die Dinge haben sich geändert. Der Arbeiter ist mündig geworden." Diese Erklärung Blanks, gesendet über RIAS am 16. Oktober, zeigt, wo Blank, der selbst aus einer Arbeiterfamilie stammt, heute seinen geistigen Standort bezogen hat. Die Arbeiterschaft hat, um das einmal zurechtzurücken, in der Geschichte mehr Mündigkeit bewiesen als andere Gruppen, denen es nicht an Eigentum und Vermögen fehlte.

Der Vorsitzende des CDU-Landesverbandes Westfalen, NRW-Innenminister Josef-Hermann Dufhus versicherte dem um seine Popularität besorgten Blank in Münster, wie aus der erwähnten dpa-Meldung hervorgeht, "die westfälische CDU stehe jetzt und in Zukunft in Treue zu Blank".

+ + +

-----  
Verantwortlich: Günter Markscheffel